

ligen auf. Die Ähnlichkeiten müßten uns ermutigen. Wenn selbst ein Laffalle der „Volkszeitung“ erliegen mußte, wie sollten wir gegen den „Vorwärts“ aufkommen können? Die Unterschiede zwischen damals und heute aber geben uns die beste Zuversicht. Das Proletariat von heute ist ein ganz anderes als das, vor dem Laffalle seine Agitation begann. Es ist kraftvoll und selbständig, und so dürfen wir wohl erwarten, es werde ihm gelingen, den sachlichen Kern unseres Konfliktes aus den Außerlichkeiten herauszuschälen, in die ihn der „Vorwärts“ eingewickelt. Liegt aber dieser Kern vor ihm bloß, dann kann sein Verdikt nicht zweifelhaft sein.

Parlamentarismus und Massenstreik.

Von Rudolf Hilferding.

I.

Seitdem auf dem Amsterdamer Kongress die große Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Taktik geführt wurde, ist die Frage von Jaurès an die deutsche Sozialdemokratie, warum ihre große Partei so wenig Einfluß auf die Regierung ihres Landes ausübe, immer wiederkehrt. Und hier ist in der Tat das eigentliche Problem gelegen, das den taktischen Differenzen sowohl in der Internationale als in den nationalen Parteien zugrunde liegt.

Die Frage selbst aber entspringt notwendig aus dem Wesen des Parlamentarismus, der die Zahl einer Partei zum Exponenten ihrer politischen Macht zu machen scheint. Unter dem Gesichtswinkel des Parlamentarismus betrachtet ist es ein Widerspruch, daß dem Stimmenzuwachs nicht auch ein Machtzuwachs entspricht. Da dies aber in Deutschland offensichtlich nicht der Fall ist, so erscheint dies als Schuld einer falschen Taktik, die eben nicht versteht, ihre Macht auszunutzen, weil sie sich vor der Verantwortung scheut, oder aber als ein Mangel im deutschen parlamentarischen System, das nicht genug entwickelt ist. Etwas mehr Parlamentarismus, und der Einfluß der Sozialdemokratie werde endlich den gebührenden Raum einnehmen.

Jede dieser Auffassungen mag sich auf das ausländische Beispiel berufen, etwa auf Frankreich, wo der reine Parlamentarismus der Sozialdemokratie großen Einfluß gewähre, oder auf Osterreich, wo zwar der Parlamentarismus gleichfalls noch unentwickelt ist, aber eine geschickte Taktik der Sozialdemokratie einen sehr hohen Grad von Bewegungsfreiheit erkämpft hat und ihrer Politik einen gewissen Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung gibt, den in dem entwickelteren Deutschland die größere Partei nicht besitzt.

Der Schluß, der daraus gewöhnlich gezogen wird, lautet dann, daß eine zu wenig realistische Taktik einerseits, eine zu geringe Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland andererseits die Schuld an dem zu geringen Einfluß der Partei trage. Die Taktik müsse also geändert werden, indem einmal alle Kraft auf die Stärkung und Erweiterung des Parlamentarismus zu konzentrieren sei; um dies Ziel zu erreichen, müssen sodann die Augenblicksforderungen der Demokratie und Sozialpolitik schärfer betont werden. Dies sei um so leichter möglich, als der Sozialismus, den die „ökonomische Entwicklung“ ohnehin mit sich bringen werde, ja erst ein Wechsel auf eine lange und unbestimmte Zukunft sei.

Uns will es scheinen, als beruhe diese Auffassung auf einer allzu schematischen Betrachtung des parlamentarischen Instrumentes. Es wird zu sehr die bloße Zahl der Stimmen als Ausdruck politischer Macht genommen und übersehen, wie die Zahlen ebensowenig wie die Namen der Parteien an sich alles bedeuten und wie sehr es darauf ankommt, daß die Änderung in der gegenseitigen Stellung der Parteien das politische Gewicht der Zahlen verändert.

Man betrachtet den Parlamentarismus gewöhnlich als ein Sicherheitsventil; der Parlamentarismus bringe dort, wo er genügend entwickelt ist, die in der Bevölkerung vorhandenen Gegensätze zum offenen und zahlenmäßigen Ausdruck und gestatte somit eine genaue Abschätzung ihrer Stärke. Die Einsicht in die Machtverhältnisse der Parteien erspare jede weitere Erprobung in einem gewaltsamen Kampfe. An Stelle der gewaltsamen sei eine friedliche Entwicklung getreten, die ohne große Erschütterung die Ablösung der Herrschaft der einen durch die andere Partei ermögliche.

Diese Betrachtung des parlamentarischen Systems nimmt aber darauf nicht genügend Rücksicht, daß dieses System ganz verschieden funktioniert und funktionieren muß, je nach dem Charakter der Gegensätze, die innerhalb des Parlamentes jeweils zum Austrag gelangen sollen. Es wird verkannt, daß je nach der Größe dieser Gegensätze einmal das Parlament wirklich das taugliche Instrument zu ihrer Überwindung ist, daß es aber ebenso ein andermal versagt, wenn die Größe des Gegensatzes die Parteien zwingt, die Probe auf das Exempel zu machen und ihre wirkliche Macht zur Behauptung ihrer Positionen einzusetzen. Denn das parlamentarische System drückt ja die unmittelbare Macht der Parteien keineswegs direkt aus. Die Wahl gibt zunächst nur die Zahl der Anhänger der Parteien an und schon dies nur in annähernder Weise, da ja das Stimmen für eine Partei noch gar nicht die Identifizierung mit all ihren Zielen voraussetzt. Und diese Zahlen selbst wieder drücken durchaus nicht irgendwie kommensurable Machtfaktoren aus. Zunächst schon deshalb, weil es sich bei der Vergleichung der Machtverhältnisse in erster Linie um Machtmittel ganz verschiedener Art handeln kann. Hier spielt die Frage der Organisation der Machtmittel und der Verfügung über diese Organisation die größte Rolle; jeder Machtkampf ist in modernen Verhältnissen der Kampf von Organisationen, deren Stärke durch die bloße Zahl ihrer Angehörigen noch gar nicht bestimmt ist. Aber selbst die Verfügung über die Organisation ist ein völlig unbestimmbares, durch das Ergebnis einer Wahl kaum angedeutetes Element. Dies ist der Fall, wenn der Gegensatz zwischen den Parteien auch einen möglichen Gegensatz innerhalb der Machtorganisation selbst, einen Gegensatz zwischen den Leitern der Organisation und ihren Angehörigen, anzeigt, wie etwa bei der militärischen Zwangsorganisation. Wie weit in einem solchen Falle die Verfügung der Leiter der Organisation respektiert werden wird, darüber sind kaum Vermutungen gestattet. So bringt der Parlamentarismus durchaus keine absolute Sicherheit über die wirklichen Machtverhältnisse der Parteien und muß daher in wirklich großen Fragen ebensowenig die Vermeidung des Kampfes bedeuten, wie ein Schiedsgericht in internationalen Fragen die Vermeidung des Krieges.

Wenn trotzdem diese Bewertung des Parlamentarismus als eines Mittels, alle gesellschaftlichen Konflikte in friedlicher Weise auszutragen, so viele Anhänger in allen Parteien zählt, so deshalb, weil die normalen parlamenta-

rischen Vorgänge dieser Ansicht recht zu geben scheinen. Vielleicht wird aber eine Analyse dieser Vorgänge, die allerdings in diesem Rahmen nur kurz und zum Teil schematisch sein kann, es ermöglichen, die Berechtigung einer anderen Ansicht zu erweisen.

II.

Es gibt im wesentlichen zwei Wege, die die parlamentarische Majorität einschlagen kann, um Majorität zu bleiben. Sie kann zunächst versuchen, jene Forderungen der Minorität, welche die meiste Werbekraft besitzen, zu einem mehr oder minder großen Teile selbst zu erfüllen, um so der Minorität den „Wind aus den Segeln zu nehmen“. Diese Taktik wird dann am leichtesten möglich sein, wenn die Forderungen der Minorität nicht prinzipiell verschieden von denen der Majorität sind, ihre Erfüllung die Herrschaft der Majorität nur modifiziert, bisher feindliche Kreise aber damit für die Majorität gewonnen werden oder wenigstens der weitere Abfall bisheriger Anhänger vermieden wird. Durch diese Zugeständnisse hofft die Majorität die Minorität als solche zu verewigen, zum mindesten deren Majoritätswerdung möglichst lange hinauszuschieben. Ist aber der Gegensatz zwischen Majorität und Minorität prinzipieller Natur, so ist diese Politik zunächst gleichfalls möglich, gewinnt aber einen anderen Charakter. Sie wird demagogisch. Die Majorität macht Konzessionen in minder wichtigen Dingen, indem sie hofft, auf diese Weise die Anhänger der Minorität mit ihrer Herrschaft zu versöhnen, Indifferente oder Schichten, die ihr bisher noch folgten, bei ihrer Fahne zu halten und so der Minorität die Erreichung der prinzipiell mit der Herrschaft der bisherigen Majorität unvereinbaren Forderungen unmöglich zu machen.

Im ersteren Falle, wenn die Minorität tatsächlich Vertreterin stärkerer, aber mit der Majorität prinzipiell gleichartiger Interessen ist, wenn es sich etwa um den Kampf zweier Schichten innerhalb derselben Klassen handelt, so mag die Minorität schließlich ihre Forderungen allmählich verwirklicht sehen, wo es dann eine Frage zweiten Ranges ist, wenn auch nicht für die Personen der Politiker, wer diese Reformen durchführt.

Ganz anders aber, wenn es sich um prinzipielle Gegensätze, um einen Kampf zweier Klassen handelt. Dann wird die Majorität sehr bald am Ende ihrer Konzessionen angelangt sein, deren Ausmaß ihr Klasseninteresse bald die Grenze setzt; sie wird einsehen, daß weitere Konzessionen nicht mehr ihre, sondern die Position ihrer Gegner stärken; ihre Taktik ändert sich, sie wird intransigent und sucht die Minorität bei den Wählern zu diskreditieren durch den Nachweis, daß mit diesen Vertretern nichts zu erreichen sei, daß deren unrealistische und utopistische Politik nur die Majorität von allem Entgegenkommen abschrecken müsse. Erscheint im früheren Falle die Minorität als einflußreich, indem sie die Gegner zur Nachgiebigkeit zwingt und Erfolge aufzuweisen hat, so erscheint sie jetzt einflußlos und ohnmächtig, während die Gegner mehr als je rücksichtslosen Gebrauch von ihren Machtmitteln machen. Da aber das Wachstum der Parteien nur in sekundärer Weise von dem Verhalten ihrer Gegner und ihren augenblicklichen Errungenschaften abhängt, sondern in viel höherem Maße von der Stärke der Interessen, die die Parteien vertreten, so kann die Partei sehr angewachsen sein, während ihr augenblicklicher, in unmittelbare Erfolge sich umsetzender Einfluß sehr zurückgegangen sein kann.

Die Minorität selbst wird je nach der Klarheit, mit der sie sich ihres Gegensatzes zur Majorität bewußt ist, ihre Taktik einrichten. Der Übergang der Majorität zur Intransigenz, der die Minorität erfolglos machte, wird in ihr zum Teil das Bestreben erwecken, durch Abschwächung des prinzipiellen Gegensatzes, durch Hervorkehrung ihrer nächsten, leicht realisierbaren Forderungen die Schärfe des Kampfes zu mildern, die Majorität für neue Konzessionen zu gewinnen.

Ist es der Majorität möglich, in diesem Stadium weitgehende Konzessionen zu gewähren — wie etwa die englische Bourgeoisie durch die Ausbeutung der Kolonien und die Beherrschung des Weltmarktes imstande war, die materiellen Forderungen der englischen Arbeiterklasse zu befriedigen — ist der prinzipielle Gegensatz nicht weit genug gebrochen, um dieses Vorgehen sehr zweifelhaft oder aussichtslos erscheinen zu lassen, dann mag ein mehr oder minder dauernder Kompromiß den parlamentarischen Kampf friedlich abschließen, bis es doch wieder zu neuen Kämpfen kommt.

Wleiben diese Konzessionen aber aus, weil die Gegensätze sei es von der herrschenden oder von der oppositionellen Partei zu klar erkannt und gefühlt werden oder weil die Opfer den Herrschenden für den doch ungewissen Erfolg zu groß erscheinen, dann werden die taktischen Differenzen innerhalb der Minorität schließlich mit der Überwindung der opportunistischen Strömung, mit dem Siege der prinzipiellen Richtung ein Ende finden und die Gegensätze zwischen den Parteien beiden Teilen in ihrer ganzen Schärfe zum Bewußtsein kommen.

Das parlamentarische System wird komplizierter, wenn an die Stelle zweier mehrere Parteien treten und besonders wenn, durch die Parteienenspaltung begünstigt, eine vom Parlament in mehr oder minder hohem Grade unabhängige Regierung vorhanden ist. Diese kann ihre verhältnismäßig unabhängige Stellung nur behaupten, wenn keine Partei ausschlaggebend wird. Hier wird die Regierung im vorhinein geneigt sein, mit verschiedenen Parteien zu verschiedenen Zwecken zu kompromittieren, bald der einen, bald der anderen zu Konzessionen zu verhelfen, sei es, um keine vollständig in den Augen der Wähler zu diskreditieren und sie dadurch übermäßig zu schwächen, sei es, um im Gegenteil durch eigene Ausführung mancher Forderungen die Wähler von der Unterstützung einer Partei, die ihre Herrschaft bedroht, abzuhalten. Ebenso sind die Parteien selbst, die allein nicht herrschen können, zu gegenseitigen Kompromissen und Konzessionen geneigt, die ihre Gegenseitlichkeit abschwächen und mildern. Keine Partei besitzt die Alleinherrschaft, aber dafür wird auch keine absolut einflußlos sein.

Solange das Proletariat noch schwach ist und seiner Ziele sich nicht bewußt, dient es den bürgerlichen parlamentarischen Parteien als Sturmbock für deren eigene Forderungen. Es wird Mittel für die politischen Zwecke anderer Parteien oder der zäsaristischen Politik treibenden Regierungen. Für die Erfolgshaft tauscht das Proletariat Konzessionen ein. Von deren Größe einerseits, von der Gestaltung der ökonomischen und politischen Entwicklung andererseits hängt die Dauer der unselbständigen Stellung des Proletariats ab. Das Fehlen des prinzipiellen Gegensatzes innerhalb des Parlamentarismus erlaubt dem Bürgertum, das Parlament auszubauen, diesem die Herrschaft zu sichern, die Regierung vom Parlament völlig abhängig zu machen. Denn die politische Schwäche des Proletariats ist die Stärke des bürgerlichen Parlamentarismus, da sonst das Bürgertum Gefahr laufen würde, daß ein selbst-

bewußtes Proletariat das demokratisch gewählte Parlament aus einem bürgerlichen zu einem proletarischen Herrschaftsmittel gestalten könnte.

Anderz, wenn das Proletariat sich als unabhängige Partei konstituiert und sich unter dem Zeichen seiner letzten Ziele sammelt. Der scharfe Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien, die in diesem ersten Stadium des proletarischen Kampfes ihm gegenüber als eine reaktionäre Masse empfunden werden, wird äußerst klar gefühlt. Dafür sorgt die proletarische Partei selbst, die ihr neues Prinzip mit aller Klarheit und Rücksichtslosigkeit formulieren muß, um die Arbeiter von der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien loszuweisen. Kein Wunder, daß dieser Gegensatz eine Verfolgungs- und Unterdrückungspolitik von seiten der herrschenden Klassen auslöste, die ihr Lebensprinzip von einer kleinen Schar „Aufwiegler und Heher“ verneint sahen. Sie durften hoffen, diese in den Gefängnissen mundtot zu machen. Die Partei war klein, unterdrückt, absolut einflußlos.

Erwachsen aus den Lebensbedingungen des Proletariats, konnte aber die Partei durch die Verfolgungen in ihrem Fortschritt nicht gehemmt werden. Ihr Wachstum wurde eine Drohung für die anderen Parteien, die um ihre Gefolgschaft zu fürchten begannen. Die bürgerlichen Majoritätsparteien beginnen die Taktik der Konzessionen, um der Sozialdemokratie „den Wind aus den Segeln zu nehmen“. Hierbei teilen sich die verschiedenen Parteien, die „reaktionäre Masse“ verliert in ihrer Konkurrenz um die Arbeiterstimmen, die je nach den verschiedenen in den Parteien vertretenen Interessen verschieden getrieben wird, ihre Geschlossenheit.

Es beginnt die „Ära der Sozialreform“. Der Versuch ist in Deutschland (und schon gar in Österreich) in vorhinein zum Scheitern bestimmt. Die junge, eben zur Herrschaft gelangende deutsche Bourgeoisie hat keine Weltmachts- und Kolonialherrschaft, aus der sie die Konzessionen für das Proletariat bezahlen kann. Die geringfügigen Versicherungsgesetze werden vom Proletariat weitaus überzahlt durch die Lasten der neuen Schutzollpolitik. Selbst einem unklarerem, prinzipiell ungeschulteren Proletariat gegenüber hätte diese Politik scheitern müssen. Gleichzeitig, und dies mußte den demagogischen Charakter dieser Politik völlig auch dem Stumpfeften enthüllen, geht Hand in Hand mit der Sozialreform in Deutschland wie in Österreich die Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Der Zweck dieser ganzen Politik war ja, durch Gewährung materieller Konzessionen das Proletariat mit der Herrschaft des Bürgertums auszuföhnen, nicht aber seine politische Macht und Bewegungsfreiheit zu verstärken. Und es schien richtig, dem Proletariat zu beweisen, daß es seine Errungenschaften nicht durch die Sozialdemokratie, sondern trotz ihrer erhalten hatte. So endet die Politik der Konzession wie der Unterdrückung in gleichem Maße mit dem Bankrott und beschließt damit ein zweites Stadium in dem Kampfe der beiden Klassen.

Bis hierher ist die Entwicklung in Deutschland und in Österreich die gleiche. In Frankreich hatte die Niederlage der Kommune die Bourgeoisie von ihrer Angst vor dem Proletariat befreit, war die Republik gegründet, die sich zunächst nicht viel um das Proletariat zu kümmern brauchte, das, uneinig und mutlos, sich von seiner Niederlage nur langsam erholte und skeptisch sich von der politischen Betätigung fernhielt.

In den letzten Jahren aber gewinnen die Dinge ein anderes Aussehen. In Österreich und Frankreich wächst die Sozialdemokratie allmählich, ihr

politischer Einfluß wird gleichzeitig und vielleicht in noch höherem Maße, als ihrem Wachstum entspricht, stärker. In Deutschland, wo das Wachstum der Partei bei weitem am raschesten vor sich geht, erscheint ihr Einfluß gering, ja mit dem weiteren Wachstum sich stetig zu verringern. Hier scheint ein Widerspruch vorzuliegen, und doch ist es nur das notwendige Resultat verschiedener ökonomischer Verhältnisse, die eine verschiedene Politik der herrschenden Klassen bedingen. Die Politik der Herrschenden wieder und nicht eine Verschiedenheit der Taktik der Sozialdemokratie ist es, die die Unterschiede ihres Einflusses bedingen.

In Deutschland ist die ökonomische Entwicklung am weitesten vorgeschritten; hier ist die Konzentration des Kapitals auf der einen, die Entstehung und Anhäufung großer Proletariermassen auf der anderen Seite so weit gediehen, daß die technischen und organisatorischen Vorbedingungen der sozialistischen Gesellschaft hier am ehesten gegeben sind. Der Sozialismus selbst, nicht mehr nur einzelne Forderungen des Proletariats an die gegenwärtige Gesellschaft stehen hier bereits in Frage. Das hindert, nebenbei bemerkt, natürlich nicht, sondern macht nur desto dringlicher, daß noch eine Reihe von Vorbedingungen durch Erfüllung proletarischer Forderungen zu verwirklichen sind. Aber, was immer unser Standpunkt war, daß diese Forderungen an den Gegenwartsstaat nicht ein Mittel der Versöhnung, sondern eine Revolutionierung und Stärkung des Proletariats bedeuten, das wird damit auch zur Einsicht der Gegner, deren Widerstand zunimmt mit der Angst, die hinter jeder Forderung des Proletariats den ganzen „Zukunftsstaat“ wittert — und mit Recht.

Innerhalb der bürgerlichen Klasse hat die ökonomische Entwicklung eine weitgehende Umgestaltung gebracht. Vor allem ist die Bevölkerung immer mehr städtisch-industriell und der landwirtschaftliche Teil derselben zu einer stets sich verringenden Minorität geworden. Die städtische Bevölkerung selbst aber hat eine vollständige Umlagerung ihrer Struktur erfahren. Der alte Mittelstand ist gänzlich verändert. Der selbständige Handwerker mit seinen bestimmt ausgeprägten Klasseninteressen hat seine dominierende Stellung verloren, der „neue Mittelstand“, wie der irreführende Ausdruck lautet, ist keine Einheit mehr, weder politisch noch ökonomisch, sondern ein Gemenge von mehr oder minder notleidenden Handwerkern, Kleinkapitalisten, Vorarbeitern, Werkführern, Angestellten, Beamten, Rentnern, Intellektuellen aller Art. Seine Grundlage wird beständig durch die kapitalistische Entwicklung revolutioniert, seine Zusammensetzung variiert fortwährend, die Existenz seiner Angehörigen ist nie völlig gesichert. Die sozialen und politischen Interessen innerhalb dieser Gruppen sind oft völlig verschieden. Dieser neue Mittelstand ist daher im Gegensatz zum alten unfähig, die Grundlage für eine große politische Partei zu bilden. Seine verschiedenen Elemente bilden vielmehr ein Rekrutierungsgebiet anderer Parteien, deren unzuverlässigste Anhänger sie meist darstellen. Aber auch die anderen historischen Parteien sind gänzlich verändert.

Der ausschließlich scharfe Gegensatz zwischen Agrariern und Industriellen besteht nicht mehr, ihre handelspolitischen Kämpfe haben aufgehört, und sie sind in der modernen Schutzzollpolitik zu gemeinsamem Raube verbündet, seitdem das Aktienwesen die immer größere Teilnahme der Agrarier an industriellen Interessen ermöglicht, die Kartellorganisation den Schutzzoll auch den entwickeltsten Exportindustrien erstrebenswert gemacht hat. Und dies Bündnis ist

befestigt durch das gemeinsame Interesse an der Machtpolitik des Staates, am Militarismus, am Marinismus und einer kolonialen Expansionspolitik, deren Nutznießer beide Klassen wenn auch in verschiedener Weise sind; es wird unzerreißbar, sobald das Wachstum der Sozialdemokratie die Grundlage ihrer Macht zu bedrohen scheint.

Dieselbe ökonomische Entwicklung, die das Proletariat vermehrt und die Sozialdemokratie groß gemacht hat, hat ebenso den Unterschied innerhalb der bürgerlichen Parteien verringert, auf einer höheren Stufe die „reaktionäre Masse“ wieder hergestellt und dadurch die Geschlossenheit und die Widerstandskraft des Bürgertums vermehrt.

Je mehr aber die Sozialdemokratie wuchs, je mehr die anderen Parteien die Reste proletarischen Anhangs, die sie noch hatten, verlieren, desto mehr schwinden auch jene Rücksichten, die sie aus wahlpolitischen Gründen auf die Arbeiterschaft nehmen müssen, desto mehr lassen sie sich von rein bürgerlichen Klasseninteressen leiten. Auch hier vermehrt das Wachstum der Sozialdemokratie die Geschlossenheit ihrer Gegner. Heute ist es nur das Zentrum, das noch ansehnliche proletarische Massen in seiner Gefolgschaft hat, das versucht, die Politik demagogischer Konzessionen fortzusetzen.

Ist aber die ökonomische Entwicklung einmal so weit gediehen, daß die Verwirklichung des Sozialismus nur mehr als eine bloße Frage der politischen Macht erscheint, dann ist diese Taktik, die versucht, das Proletariat mit Konzessionen abzuspäßen, nicht mehr möglich. Sie erscheinen viel zu klein und unbedeutend, gemessen an der Möglichkeit, den Klassenstaat und die Ausbeutung zu beseitigen.

Erscheinen sie aber dem Proletariat zu klein, so den herrschenden Klassen zu groß. Denn es müßten diese Konzessionen sehr bedeutend sein, sollten sie irgend eine Aussicht auf Erfolg haben. Es müßten materielle Konzessionen sein, da politische Konzessionen die Partei des Proletariats ja in ihrer Bewegungs- und Agitationsfreiheit nur stärken könnten. Diese Konzessionen müßten also sehr groß sein und damit die Interessen der herrschenden Klassen empfindlich verletzen. Gleichzeitig ist aber ihr Erfolg durchaus unsicher, da dem Proletariat schon klar bewußt ist, was auf dem Spiele steht, dafür die Gefahr um so größer, gerade durch diese Konzessionen nur die Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Kein Wunder, daß die herrschenden Klassen sich zu diesem Versuche nicht verstehen wollen.

In diesem dritten Stadium der Entwicklung sind der unmittelbare Einfluß und die direkten Erfolge der Sozialdemokratie also notwendig gering. Denn jetzt bleibt den herrschenden Klassen nur die Hoffnung, durch Einschüchterung die noch indifferenten Massen von dem Anschluß an die Sozialdemokratie abzuhalten. Keine Konzessionen! Denn jede Konzession stärkt nur die Sozialdemokratie, macht sie „übermütig“, verstärkt den Glauben ihrer Anhänger, durch sie etwas erreichen zu können. Selbst dort und dann, wo einmal der Widerstand erlahmt, sucht man wenigstens den Schein zu retten, daß es nicht die Sozialdemokratie, sondern bürgerliche Parteien oder gar das „soziale Königtum“ sei, das etwas für die Arbeiterschaft geleistet habe. So erscheint jetzt die Sozialdemokratie ausgeschaltet aus der unmittelbar erfolgreichen Politik, so ist Reaktion und Entrechtung die Signatur der deutschen Politik, noch verschärft und um so aufreizender, weil sie die Formen der Ausnahmegegesetzgebung nicht mehr anzunehmen wagt. Denn war noch im früheren Stadium der

Entwicklung in mehr oder minder gutem Glauben der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft gemacht, so wird jetzt dieser Schein selbst verschmäh.

Es ist das Bürgertum, es sind die herrschenden Klassen Deutschlands, welche die Identität von Sozialdemokratie und Arbeiterschaft bezeugen. Keine Ausnahmegegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie mehr, dafür aber der Ausschluß aller Arbeiter vom Wahlrecht, das Wüten der Klassenjustiz gegen alle Arbeiter, ob sie sich politisch oder auch nur rein wirtschaftlich betätigen, die Verfolgung und Einschränkung aller Lebensäußerungen der Arbeiterklasse, soweit die Macht des Staates reicht.

Eine ganz andere Stellung nehmen dagegen die sozialistischen Parteien in Österreich und Frankreich ein, und auch hier erklärt sich dies in erster Linie aus der sozialen Struktur dieser Länder, wenn auch die ganz anderen politischen Verhältnisse mit in der gleichen Richtung wirksam sind.

Die langsame industrielle Entwicklung verändert das Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung hier nur allmählich. Die geschlossene Phalanx der bäuerlichen Bevölkerung bleibt unberührt von der sozialdemokratischen Bewegung und läßt diese als keine allzu große Gefahr erscheinen. Aber auch das städtische Kleinbürgertum ist hier noch viel kräftiger, und der Handwerker dominiert in ihm; es ist ökonomisch und politisch reaktionär und hat noch parteibildende Kraft, die in Österreich überdies durch das Wahlsystem verstärkt wird. Die Industriellen sind gar nicht sicher, ihre wichtigsten Interessen gegenüber den zünftlerischen Kleinbürgern, den bäuerlichen und großen Agrariern immer durchsetzen zu können, und nehmen ganz gerne die Unterstützung des Proletariats in manchen wirtschaftspolitischen Fragen an, die in Deutschland längst keine Rolle mehr spielen. Die Sozialdemokratie erscheint hier eben wegen ihrer relativen Kleinheit, vor allem aber, weil die Angst vor ihrer Expansion eine viel geringere ist, den Gegnern und der Regierung als Partei, die nur mit einigen augenblicklichen Gegenwartsforderungen in Betracht kommt; gerade die ihr eigentümlichen Forderungen erscheinen als etwas Utopisches, mit dem der „Realpolitiker“ nicht oder, wie die Gescheiterten meinen, wenigstens „noch nicht“ zu rechnen hat. Nicht der Sozialismus, nur einige Gegenwartsforderungen des Proletariats stehen hier in Frage. Die Sozialdemokratie erscheint so als eine Partei wie die anderen, mit der sich unter Umständen auch kooperieren läßt. Die „rote Gefahr“ tut ihre Schuldigkeit bei der Wahlagitatio, ist aber mehr demagogische Phrase als wirklicher Inhalt der bürgerlichen Politik. Gewiß, die Klassengegenätze werden auch hier gefühlt, der Klassenkampf oft mit vollem Nachdruck geführt, aber trotzdem ist der Gegensatz nicht annähernd so scharf wie in Deutschland. Man sucht noch durch einzelne Konzessionen die indifferenten Arbeiter im eigenen Lager zu behalten, man sucht die Partei als Gegengewicht gegen andere Parteien zu gebrauchen. Auch ist der bürgerlich-ideologische Einschlag vielleicht größer, weil die rückständige Entwicklung reaktionäre, unmoderne Klassen zur Herrschaft zu bringen droht, die auch die Kreise der bürgerlichen Intelligenz abstoßen. Diese Reaktion ist so ganz anderer Natur als die deutsche. Diese entspringt nicht der Herrschaft alter und überlebter Klassen, sondern der Furcht vor der Herrschaft des Proletariats; sie ist deshalb gegen dieses allein und vor allem gerichtet, wenn auch die gesellschaftlich notwendige Heuchelei die Form allgemein gültiger Gesetze nackten Ausnahmegesetzen vorziehen läßt. So arbeitet diese Reaktion mit

Wahlrechtsentzweckungen, Kontraktbruchgesetzen und ähnlichem, während sie kein Gewicht darauf legt, eine Lex Heinze durchzuführen. Freilich ist es das Wesen der Reaktion, immer reaktionärer zu werden, die Erfolglosigkeit der einen Maßregel durch eine noch reaktionärere wett machen zu wollen. Einmal begonnen, kennt sie keinen Halt, und schließlich greift sie auch zu den Mitteln der feudalkleinbürgerlichen Reaktion. Doch zeigt die Reaktion in Deutschland darin ihren anderen Charakter, daß sie dem Kapitalismus seine volle Bewegungsfreiheit läßt, wenigstens in allen irgend wesentlichen Fragen, während sie zum Beispiel in Österreich kleinbürgerlich-reaktionär, klerikal, zünftlerisch ist, dabei aber sich mit der Bewegungsfreiheit des Proletariats abzufinden weiß. Diese alte Reaktion ist viel zu sehr mit ihrem Kampfe gegen alle modernen Entwicklungstendenzen beschäftigt, um Zeit und Kraft zu finden, sich mit ihren Gegnern vereint ausschließlich auf das Proletariat zu stürzen. Die Sozialdemokratie wird auch nicht in erster Linie ihr, sondern gerade ihren bürgerlichen Gegnern gefährlich.

So hat hier die rückständigere soziale Struktur die Gesellschaft in viel mehr Parteien gespalten, sie hat damit aber gleichzeitig auch die Stellung der Regierung geschwächt. Die deutsche Regierung hat in allen wichtigen Fragen immer mehr alle bürgerlichen Parteien hinter sich. Selbst wenn dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall, hat die bürgerliche Opposition keine rechte Aggressivkraft mehr, ist sie mit dem geringsten Scheinzugeständnis vollständig zufrieden. In Frankreich dagegen und auch bisweilen in Österreich kann sich die Regierung jedesmal einer Koalition feindlicher Parteien gegenüber sehen, der sie leicht erliegen kann.

Zu diesen Unterschieden, die unmittelbar aus der Verschiedenheit der sozialen Struktur entspringen, treten dann andere historisch-politischer Natur, die allerdings hier nur angedeutet werden können: In Österreich das Wahlrecht, das die Expansion der Sozialdemokratie noch ungefährlicher erscheinen läßt, sowie die Ausschaltung der Militärfragen und der auswärtigen Politik durch die Delegationen. In Frankreich die Spaltung des Proletariats, die die Bourgeoisie hoffen ließ, Teile des Proletariats zu gewinnen, und die Partei selbst hinderte, dem Bürgertum gerade dort mit voller Kraft Opposition zu machen, wo es am stärksten in seinen Interessen getroffen wird, in der Frage des Handels und der auswärtigen Politik, des Militarismus und der Kolonialpolitik.

Ausschlaggebend ist aber doch in erster Linie die soziale Struktur, die einmal das Wachstum der Sozialdemokratie als stets stärkere Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft, das andere Mal nur als eine Unannehmlichkeit, die eben in Kauf genommen werden muß, empfinden läßt. Sie erklärt auch zum größten Teile den Gegensatz der Politik der herrschenden Klassen in Nord- und Süddeutschland, wo ein starkes Bauerntum und ein infolge der geringeren und langsameren industriellen Entwicklung verhältnismäßig schwächeres Proletariat Wahlrechtsverbesserungen ohne Gefahr möglich machte, so daß dies schwächere Proletariat dort größeren Einfluß zu besitzen scheint als das stärkere Proletariat in Preußen, Sachsen oder in den Hansestädten.

So zeigt sich die auf den ersten Blick verwunderliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie, je mächtiger sie in den Massen, desto ohnmächtiger in ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Politik ist, als notwendig entsprungen aus der Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Je stärker die gesellschaftliche Stel-

lung, desto schwächer erscheint die staatliche Stellung der Partei. Es ist die Entfaltung jenes Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft, der in der russischen Revolution ganz bewußt erscheint; in der russischen politischen Terminologie werden Staat und Gesellschaft als gegensätzliche Begriffe einander gegenübergestellt.

Die parlamentarische Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie ist somit nicht das Ergebnis einer schlechten Taktik, sondern notwendiges Produkt einer historischen Entwicklung, die den Gegensatz in der bürgerlichen Gesellschaft erst zur vollen Entfaltung bringen muß, ehe er überwunden werden kann.

Die sozialdemokratische Taktik selbst ist im wesentlichen durch dies Verhalten der Gegner naturgemäß beeinflusst. Nur in jenem Stadium, wo die Partei noch mäßig entwickelt ist, aber doch die Anfangsschwierigkeiten schon hinter sich hat, wird es zu Divergenzen kommen, die bis zur Spaltung der Partei gehen können. Denn nur dann hat die rein reformistische Strömung innerhalb der Partei Aussichten, wenn sie auf sofortige Erfolge und Zugeständnisse der Gegner, die sie ihrer Taktik zuschreibt, hinweisen kann. Denn es ist ja das Wesen der reformistischen Taktik, daß sie die wesentlichen und bleibenden Klasseninteressen des Proletariats zugunsten momentaner und minder wichtiger hintansetzt. Diese Taktik scheidet von selbst in dem Moment, wo irgendwelche Konzessionen von Seite der Herrschenden nicht mehr gemacht werden können, weil der prinzipielle Gegensatz bereits so klar herausgearbeitet ist, daß er durch keine Zugeständnisse mehr überbrückt werden könnte. Wenn in Deutschland auch in jenem zweiten Stadium keine Spaltung, ja nicht einmal weitgehendere Differenzen aufkamen, so war es die politische Rechtslosigkeit, unter die die Partei gestellt wurde. In gleicher Weise verhindert der Mangel des gleichen Wahlrechtes in Osterreich größere Divergenz der Meinungen. In Frankreich oder in Italien aber ist dieser „Einfluß“ der Partei zeitweise eine Gefahr für die Bewahrung ihres Klassencharakters geworden.

III.

So ist es kein Wunder, wenn der praktische „Revisionismus“ in Deutschland keinen direkten Erfolg in der Partei erringen konnte. Dazu kam er zu spät. Die Ausnahmegegesetzgebung hinderte seinerzeit überhaupt sein Aufkommen, und als sie gefallen war, war die Entwicklung bereits zu weit gediehen, als daß seine Bestrebungen bei den herrschenden Klassen jenes Verständnis hätten finden können, ohne das sie nicht existieren können. Aber der Revisionismus ist auch heute nur in seiner ersten und primitiven Form überwunden, dagegen ist er noch wirksam in der Stellung zum Parlamentarismus. Wir haben gesehen, daß der Revisionismus auf alle Fälle Konzessionen braucht. Diese Konzessionen kann er nicht erhalten. Aber er findet die Ursache nicht durch eine Analyse der ökonomischen Entwicklung, sondern er sucht sie auf der Oberfläche der Politik. Da gleichzeitig mit der Reaktion in Deutschland in Frankreich der Sozialismus zu bedeutendem Einfluß gelangt war, sucht er die „Rückständigkeit“ Deutschlands in dem Mangel eines genügend entwickelten Parlamentarismus. Er sieht nicht, daß die Schwäche des bürgerlichen Parlaments wieder nur die Folge ist der Stärke des Proletariats. Ist einmal die Gefahr vorhanden, daß das Proletariat sich des Parlaments bemächtigen kann, dann ist es das Interesse der herrschenden Klassen, dieses Parlament möglichst aller Macht zu entkleiden. Je machtloser

das Parlament, desto geringer ist einmal die Intensität des politischen Lebens, desto größer die Anzahl derjenigen, die sich um Politik, wenigstens um die parlamentarische Politik, und um die Wahlen nicht kümmern. Desto größer aber ist auch die Aussicht, die Macht außerhalb des Parlaments einmal gegebenenfalls gegen das Parlament benutzen zu können. Daher das bewußte Hinarbeiten der herrschenden Klassen in Deutschland auf die möglichste Ausschaltung des Parlaments. Sie suchen ihre Macht auf andere Weise geltend zu machen, sei es durch direkte Beeinflussung der Regierungsgewalt mit Hilfe ihrer persönlichen Beziehungen zu deren Trägern, sei es durch den Druck, den sie mittels ihrer wirtschaftlichen Verbände ausüben. Wo es sonst irgendwie angeht, suchen sie die Macht des demokratisch gewählten Parlaments einzuschränken durch die möglichste Erweiterung der Kompetenz der Landtage, wo sie unter sich sind. Der preußische Landtag ist einflußreich bei der Regierung, weil er keine proletarische Vertretung hat, der deutsche Reichstag einflußlos wegen seiner sozialdemokratischen Fraktion. Der Revisionismus will nur das Symptom kurieren, wenn er mehr Parlamentarismus verlangt und meint, damit eine einfache Forderung der Demokratie aufzustellen. Er überfieht oder sieht mindestens nicht deutlich genug, daß hinter dieser Forderung in Deutschland die Entscheidung über die politische Herrschaft zweier Klassen steht und damit die Frage der Gesellschaftsordnung gestellt ist. In dieser Machtlosigkeit des Parlaments aber liegt der Grund für eine merkwürdige Täuschung, die auch die Funktion des Parlaments als Sicherheitsventil immer problematischer macht. Da im Parlament die Sozialdemokratie keine unmittelbar entscheidende Macht darstellt, so entsteht in den nur parlamentarisch denkenden Köpfen die Neigung, auch in der realen Welt die Sozialdemokratie als *quantité négligeable* zu behandeln. Die Wünsche der Scharfmacher werden unterstützt durch die Einbildung, die aus dem parlamentarischen Scheine sich herausbildet, daß die Bezwingung der Sozialdemokratie ohne allzu große Gefahren möglich ist. Der Weizen der Scharfmacher blüht.

Das Proletariat dagegen wieder, einen Moment stutzig gemacht durch seine parlamentarische Ohnmacht, besinnt sich auf seine reale Macht, die es einzusetzen bereit ist, wenn es anders nicht mehr möglich ist. So ist in Deutschland trotz des allgemeinen Wahlrechts die Idee des politischen Massenstreiks so lebendig geworden, die ursprünglich in Belgien wie in Osterreich nur als Mittel zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts entstanden ist. Dieser Unterschied aber ist zugleich ein Unterschied der verschiedenen Funktionen, die der Massenstreik erfüllen kann. Denn in weniger entwickelten Ländern sind die Fragen der Demokratie, wenn das Proletariat noch auf lange Zeit eine Minorität ist, Fragen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die nur ihre Herrschaft modifizieren, sie von der einen auf die andere Schicht übertragen mag, sie selbst aber zunächst unangetastet läßt.

Die gleichen Forderungen des Proletariats begegnen also je nach dem Stande der Entwicklung in verschiedenen Ländern ganz verschiedenen Widerständen von seiten der herrschenden Klassen. Daraus erklärt sich einerseits, daß Kampfmittel, die in einem Lande höchst erfolgreich und daher oft benutzt sind, in einem anderen Lande nicht oder nicht mehr angewendet werden können, weil der Widerstand der Herrschenden durch sie nicht mehr gebrochen werden könnte, ihre Erfolglosigkeit vielmehr der eigenen Partei nur schaden würde. Dann aber gewinnt auch jenes Kampfmittel, das unmittelbar eine Machtprobe

zwischen den beiden Klassen darstellt, eine ganz andere Bedeutung. Wie weit immer die Entwicklung vorgeschritten oder zurückgeblieben ist, im Massenstreik erscheint die proletarische Macht in ihrer Unabhängigkeit von jeder Kontrolle und jedem Einfluß der organisierten bürgerlichen Gewalt und in ihrer Rebellion gegen sie. Der Massenstreik wird daher immer und überall auf eine heftige Abwehr der bürgerlichen Gesellschaft gefaßt sein müssen. Trotzdem wird diese Abwehr einen ganz verschiedenen Grad von Intensität, Energie, Rücksichtslosigkeit und Geschlossenheit in den verschiedenen Ländern aufweisen.

In Deutschland und in Osterreich steht der politische Massenstreik auf der Tagesordnung der Parteitage.

Und doch handelt es sich in den beiden Ländern um politisch ganz verschiedene Dinge. Der politische Massenstreik, angewandt von der weitaus stärksten Partei Deutschlands gegen die stärkste Regierung und geschlossenste Herrschaftsorganisation der Welt, ist ein ganz anderes Ding als der politische Massenstreik in Osterreich, angewandt von einer kleineren Partei, der eine schwache Regierung und ein Haufe stets miteinander haderer bürgerlicher Parteien gegenüberstehen. In Deutschland muß der Massenstreik, mag er entstehen wie er wolle, auf den allerschärfsten Widerstand gefaßt sein. Denn die herrschenden Klassen Deutschlands vertragen infolge der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse keinen Sieg des Proletariats, und sei es in welcher Frage immer. Die einzelne Frage erscheint ihnen nebensächlich und wichtig nur, daß die proletarische Machtorganisation aus eigener Kraft und in direkter Weise die bürgerliche Machtorganisation überwunden hat. Der Entscheidung der einen Frage zugunsten des Proletariats wird, so müssen die Gegner fürchten, die Entscheidung der anderen Fragen nachfolgen. Hat das Proletariat hier gesiegt, so kann es auch dort siegen. Mag die Frage vom Proletariat gestellt sein wie immer, die herrschenden Klassen werden immer nur ihr Sein oder Nichtsein heraushören.

Deshalb ist der Massenstreik für Deutschland eine entscheidende Phase, ein Kampf, der bis zum Ende ausgefochten werden muß, der nur mit dem Siege des Proletariats enden darf, soll er nicht für das Proletariat eine schwere Niederlage werden. Nicht weil das deutsche Proletariat im Massenstreik eine Entscheidungsschlacht kämpfen will, sondern weil die Gegner in jedem Massenstreik, in jeder und sei es noch so friedlichen und legalen Auflehnung gegen ihre Herrschaft ihr nahendes Ende erblicken und ihm deshalb mit all ihrer Macht entgentreten werden, ist der Massenstreik für Deutschland nur ein letztes entscheidendes Mittel in dem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der politische Massenstreik ist also für Deutschland kein Demonstrationsmittel, weil es von den Gegnern als solches kaum ertragen werden kann. Er ist kein Mittel, das angewandt werden kann für irgend eine Einzelsforderung, sondern ein Mittel, das, wenn alle anderen versagen, über die politische Herrschaft entscheiden wird. Wie immer auch der politische Massenstreik vom Proletariat gemeint wäre, seinen Gegnern wäre er die Todesdrohung. Ganz anders in Osterreich. Hier kann der Massenstreik nichts anderes sein als ein besonders kräftiges Demonstrations- oder Pressionsmittel für eine Forderung, deren Erfüllung dem Proletariat für seinen weiteren Fortschritt in der bürgerlichen Gesellschaft unentbehrlich scheint. Denn hier kommt die politische Herrschaft des Proletariats noch gar nicht in Frage. Der Widerstand der herrschenden

Klasse braucht hier durchaus nicht ein äußerster und zu allem entschlossener zu sein. Die bürgerlichen Parteien sind selbst uneins, zum Teil in gegenseitiger Opposition, die öffentliche Meinung geteilt. Das Proletariat erscheint als Gegner einer einzelnen Schicht, nicht der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Gerade weil das Proletariat schwächer ist, ist auch der Widerstand der bürgerlichen Parteien schwächer und der Erfolg leichter, da er nur ein Teilerfolg ist und nicht den ganzen Sieg des Proletariats bedeuten kann. Deshalb ist es nicht im vorhinein verfehlt, in Österreich den Massenstreik für Einzelaktionen des Proletariats ins Auge zu fassen, ein Vorgehen, das in Deutschland nur aus einer gefährlichen Selbsttäuschung entspringen könnte. Der politische Massenstreik ist so eine Waffe, die unter verschiedenen Umständen verschiedenen Zwecken dient und ganz verschiedene Bedingungen ihrer Anwendung hat. Es ist sehr gut möglich, daß in dem einen Lande die Bedingungen für den Streik zu einzelnen Zwecken noch gegeben sind, während sie für das andere Land schon vorüber sind und der Massenstreik nur noch als Moment der proletarischen Revolution in Frage steht.

Diejenigen aber, welche die historische Stellung des Parlamentarismus in Deutschland nicht erkennen, ihn gleichsam nur rein quantitativ werten als zu wenig entwickelt gegenüber dem französischen, und nicht sehen, daß seine Schwäche bedingt ist durch die Stärke des Klassengegensatzes, täuschen sich über das Objekt des Kampfes und zugleich über den Widerstand, den sie in diesem Kampfe finden werden. Sie meinen, es handle sich um parlamentarische Reform, während es sich um eine gesellschaftliche Revolution handelt. Denn sobald das deutsche Proletariat siegreich aus einem Massenstreik hervorgegangen, die Regierung unterlegen, die Machtorganisation des Bürgertums überwunden ist, — dieses Proletariat würde das Parlament durch seinen Sieg völlig umgewandelt haben. Es würde aufgehört haben, ein bürgerliches Parlament zu sein, es wäre ein Herrschaftsmittel des Proletariats. Es heißt unseres Erachtens die Größe des Klassengegensatzes in Deutschland völlig verkennen, wenn man hier den Massenstreik anders als einen letzten Schritt zur Eroberung der politischen Macht betrachtet.

Das mag denjenigen, die es ablehnen, sich Gedanken über die Ziele des Tages hinaus zu machen, nun in der Tat „eine müßige Zukunftsspekulation“ bedeuten, und sie mögen meinen, daß ein Massenstreik zur Erringung des preussischen Landtagswahlrechtes oder zur Abwehr der Wahlrechtsentziehung in Südeuropa demgegenüber weise Realpolitik bilde. Wir meinen aber, daß gerade in den entscheidenden Aktionen die Überlegenheit proletarischer Politik darin sich zeigen müsse, durch eingehende Analyse der Bedingungen und der Möglichkeiten des Kampfes die Gefahren durch ihre Kenntnis zu verringern. Es mag manchem sonderbar erscheinen, ist aber doch nur logisch folgerichtig, daß die Politik der „Gemäßigten“, die nur am Tage klebt, an den Bedürfnissen des Tages und den Erkenntnissen des Tages, für das Proletariat viel gefährlicher werden kann, als die Auffassung der „Radikalen“. In diesem Falle bedeutet diese Auffassung für Deutschland die Unterschätzung der gegnerischen Kräfte, die in letzter Instanz entsprungen ist aus der pessimistischen Unterschätzung der Reife der ökonomischen Entwicklung und der Kraft des Proletariats. Sie sehen deswegen in Deutschland auch dort nur eine Episode im Kampfe, wo es sich bereits um die Entscheidung des ganzen Krieges handelt.